Halina Wawzyniak
DIE LINKE, Landesliste Berlin, Platz 5
WK 84

Fragen des Forums Freier Handel an die Kandidaten/innen zur Bundestagswahl

Wie kann der Staat fairen Konsum in Deutschland unterstützen?

Wie meine Partei DIE LINKE fordere ich verbindliche Regeln für Unternehmen zur Einhaltung sozialer Menschenrechte und ökologischer Standards. Unternehmen sollten gesetzlich verpflichtet werden, die Verbraucher/innen über Arbeitsbedingungen und Umweltauswirkungen in der gesamten Lieferkette zu informieren.

Den Verbraucherzentralen sollte mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um vernünftige Aufklärungsarbeit zu leisten.

Wichtig ist aber auch, die Nachfrage zu stärken. Denn faire Produkte sollen faire Preise haben. Und faire Preise kann nur bezahlen, wer fairen Lohn oder Sozialtransfers bezieht. Deshalb fordere ich wie meine Partei DIE LINKE einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung sowie bis dahin die Erhöhung der Regelsatzes für ALG II EmpfängerInnen auf 500 Euro.

Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um Verbraucherinnen und Verbrauchern eine nachhaltige Kaufentscheidung zu erleichtern?

Wie DIE LINKE fordere auch ich eine entsprechende Kennzeichnungspflicht (vergleichbar mit der „Ampel"), unterstützt durch eine entsprechende Richtlinie, die im neuen Europäischen Parlament zu verabschieden wäre. Unsere Europaabgeordneten werden sich dafür einsetzen.

Welchen Stellenwert sollten Ihrer Meinung nach soziale und ökologische Kriterien in der Öffentlichen Beschaffung in Deutschland haben?

DIE LINKE und damit auch ich setzt(en) sich für die Stärkung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung und in der Vergabe öffentlicher Aufträge ein. Zu berücksichtigen sind unter anderem die Zahlung von Tariflöhnen beziehungsweise eines gesetzlichen Mindestlohns, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, die Förderung und der gleichberechtigte Zugang von Menschen mit Behinderung und von Menschen mit Migrationshintergrund zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen.

Wie kann und soll eine nachhaltige Beschaffungspolitik der Öffentlichen Hand gefördert werden? Unterstützen Sie die Forderung nach einem Aktionsplan für soziale und ökologische Beschaffung?

Ja, das Konzept der Niederlande bis 2020, 100 Prozent der öffentlichen Beschaffung nachhaltig zu gestalten, sollte auch für uns Vorbild sein.

Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern zu erhöhen und den Hunger in der Welt zu bekämpfen?

DIE LINKE fordert die Abschaffung der EU-Agrarexportsubventionen, ein Importverbot für Agrartreibstoffe aus Entwicklungsländern und das Verbot der Gentechnik in der Landwirtschaft. Den Ländern des Südens muss die Möglichkeit gelassen werden, die einheimische Landwirtschaft durch Zölle zu schützen. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln soll verboten werden.

Welche Rolle spielen Kleinbäuerinnen und -bauern Ihrer Meinung nach für die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern?

Eine bedeutsame Rolle. Wir stützen uns auf die Schlussfolgerungen des Weltagrarrats, der in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und ihren angepassten Technologien erhebliches Entwicklungspotenzial ausgemacht hat. Die deutsche und internationale Entwicklungspolitik hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten vorwiegend auf die Förderung von landwirtschaftlichen Exportprodukten wie Kaffee, Kakao und dgl. konzentriert, später auf Schnittblumen und Obst sowie andere Produkte mit angeblichen "Standortvorteilen". Der Anbau von Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung wurde dagegen vernachlässigt und blieb zurück. Angesichts der Hunger- und Ökokrise muss jetzt umgesteuert werden: DIE LINKE fordert, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ins Zentrum der Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit rücken.

Was kann bzw. soll die staatliche Entwicklungszusammenarbeit leisten, um die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern zu fördern?

Ökologisch und sozial angepasste Technologien müssen stärker gefördert und weiterentwickelt werden. DIE LINKE setzt sich ein für eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung und sowie für einen verbesserten Zugang zu den landwirtschaftlichen Inputs (v. a. Saatgut). DIE LINKE fordert von der Bundesregierung finanzielle Unterstützung für entsprechende Landreformprogramme, wie sie beispielsweise in lateinamerikanischen Ländern durchgeführt werden. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss mit Finanzmitteln und durch Beratung von einheimischen ExpertInnen verstärkt gefördert werden.

Sehen Sie Synergieeffekte in einer stärkeren Kooperation von staatlicher Entwicklungszusammenarbeit und dem Fairen Handel? Wenn ja, wie könnte diese Kooperation konkret aussehen?

Staatliche Entwicklungshilfe sollte faire Handels-Kooperativen unterstützen, die ihren ProduzentInnen festgesetzte Preise und Abnahmequoten garantieren. In vielen Ländern gibt es dafür nachahmenswerte Beispiele.

Welche handelspolitischen Maßnahmen (z. B. Importzölle, -quoten, Exportstopps oder Möglichkeiten der Investitionssteuerung für ausländische Konzerne) halten Sie für geeignet, um die Ernährungssicherheit zu erhöhen? Was werden Sie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene unternehmen, um diese Maßnahmen umzusetzen?**Welche handelspolitischen Maßnahmen (z. B. Importzölle, -quoten, Exportstopps oder Möglichkeiten der Investitionssteuerung für ausländische Konzerne) halten Sie für geeignet, um die Ernährungssicherheit zu erhöhen? Was werden Sie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene unternehmen, um diese Maßnahmen**

umzusetzen?

Entwicklungsländer müssen die Möglichkeit haben, ihre Produktion durch Zölle und andere Maßnahmen gegen konkurrierende Dumping-Importe zu schützen. Solange diese Möglichkeit durch die WTO und EU-Freihandelsabkommen verwehrt wird, wird sich Hunger und Armut weiter ausbreiten. Deshalb hat sich DIE LINKE im Bundestag bei vielen Gelegenheiten und mit eigenen Initiativen gegen die Freihandelspolitik der EU ausgesprochen. DIE LINKE unterstützt den Kampf zahlreicher Organisationen der Zivilgesellschaft aus den AKP-Staaten sowie etlicher Regierungen gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU, während die Bundesregierung leider an diesen Armut verschärfenden Abkommen festhält, die eine weitere Marktöffnung für europäische Produkte erzwingen sollen.

Wo sehen Sie Möglichkeiten durch eine Veränderung der EU-Agrarpolitik die Rahmenbedingungen für Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern zu verbessern? Inwiefern werden Sie sich für eine entsprechende Gestaltung der europäischen Agrarpolitik einsetzen?

Nach den EU-Agrarexportsubventionen für Hühner- und Schweinefleisch hat die EU klammheimlich Anfang 2009 die Agrarexportsubventionen für Milchprodukte eingeführt. Diese Subventionen verbilligen EU-Milchprodukte auf den Märkten im globalen Süden und verdrängen auf diese Weise einheimische ProduzentInnen. Agrarexportsubventionen sind mit verantwortlich für zunehmenden Hunger und Armut. Darum gehören sie sofort abgeschafft!

Die deutsche Regierung sollte mit anderen Regierungen der EU Mitgliedsländer starken Druck auf die EU-Kommission ausüben, um die Armut verschärfenden Subventionen sofort zu beenden. Solange allerdings die Koalitions- und andere Parteien dies nicht wollen, ist das aussichtslos. D.h. die Zivilgesellschaft muss Druck auf die Parteien ausüben und anders wählen!

Inwiefern werden Sie sich für eine entsprechende Gestaltung der europäischen Agrarpolitik einsetzen?

Die Fraktion DIE LINKE hat sich bereits in der zurückliegenden Wahlperiode für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik eingesetzt und tut dies weiterhin. Beispielsweise hat DIE LINKE immer wieder die Transparenz der Subventionsvergabe eingefordert. Es ist skandalös, dass große Agrar- und Lebensmittelkonzerne sowie Privatpersonen wie etwa Königin von Großbritannien hohe EU-Subventionen erhalten.

Die gegenwärtige Subventionspolitik der EU begünstigt eine Agrarindustrie, die kleine und mittlere Betriebe zunehmend an den Rand und in den Bankrott drängt. EU-Subventionen sollten viel stärker dazu eingesetzt werden, kleine und mittlere Betriebe zu unterstützen, die sozial und ökologisch produzieren.

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um Menschen in Entwicklungsländern ausreichend Mittel für die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen?

Seit Jahren fordert DIE LINKE in Anträgen zu den jährlichen UN-Klimakonferenzen von der Bundesregierung, die bislang zugesagten Zahlungen in die bereits unter dem Dach der UN-Klimarahmenkonvention bzw. Kyoto-Protokoll bestehenden Anpassungsfonds aufzustocken. Diese Beträge wären zwar weiterhin nicht ausreichend, hätten aber in den letzten Jahren ein

positives Signal an die Entwicklungsländer senden können mit Blick auf die Verhandlungen um ein Kyoto-Folgeabkommen. Leider ist nichts dergleichen erfolgt.

Mit Kopenhagen und dem Kyoto-Folgeabkommen muss ein Finanzmechanismus gefunden werden, der die nach verschiedenen Schätzungen notwendigen 20 bis 120 Mrd. Euro jährlich für Anpassung und Klimaschutz in Entwicklungsländern bereitstellt. Entsprechende Gespräche mit Entwicklungs- und Schwellenländern über Finanzmechanismen sind unverzüglich zu beginnen, die diesen eine emissionsarme Entwicklung und eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels ermöglichen.

Was ist Ihr finanzielles Ziel für diese Mittel (in % des BIP der Bundesrepublik Deutschland bis wann)? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Mittel zusätzlich zu den bereits zugesagten 0,7% (ab 2015) für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung bereitgestellt werden? Wenn ja, was tun Sie, um dies sicherzustellen?

DIE LINKE. im Bundestag hat in einem Antrag (16/7763) gefordert, die bisher zugesagten Zahlungen in die unter der VN-Klimarahmenkonvention angesiedelten Fonds zur Unterstützung von Entwicklungsländern zur Anpassung an den Klimawandel („Least Developed Country Fund", „Special Climate Change Fund") auf 40 Mio. Euro zu verdoppeln und in den Anpassungsfonds des Kyoto-Protokolls im Zeitraum 2008 bis 2012 insgesamt 200 Mio. Euro einzuzahlen. Die historische Verantwortung des Nordens für den Klimawandel lässt für uns nur den Schluss zu, dass die Ausgleichszahlungen erheblich verstärkt werden müssen und dabei nicht in das 0,7%-Ziel eingehen dürfen.

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um sicherzustellen, dass benachteiligte Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel beteiligt werden?

Viele Öko-ExpertInnen arbeiten schon lange in zivilgesellschaftliche Organisationen in Entwicklungsländern. Diese Akteure sollten verstärkt finanziell unterstützt werden. Grundsätzlich tritt DIE LINKE dafür ein, die Entwicklungszusammenarbeit auf allen Feldern unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Kräfte vor Ort zu gestalten.

Welche Bedeutung messen Sie dem Dritten Sektor bzw. den gemeinnützigen Organisationen in Deutschland zu?

Aus Sicht der Partei DIE LINKE müssen Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt in Staat und Gesellschaft einen höheren Stellenwert zuerkannt bekommen. Eine demokratische Gesellschaft lebt von diesem Engagement. Freiwillige ehrenamtliche Arbeit darf dabei aber nicht als Lückenbüßer für einen Abbau des Sozialstaats missbraucht werden und sie darf auch nicht nur eine Sache derer sein, die es sich leisten können. Gerade weil Bürgerengagement nicht auf materiellen Gewinn gerichtet ist, muss es durch eine wirksame Anerkennungskultur gewürdigt werden. Gute Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement schaffen die Grundlage für den Erhalt und den Ausbau von sozialer und demokratischer Teilhabe. Auch ihm kommt also eine Gesellschaft konstituierende Funktion zu und darüber hinaus die eines bedeutenden Bindeglieds zwischen dem weder gewinnorientierten noch staatlichen Teil unserer Gesellschaft.

Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung des Dritten Sektors sind Ihrer Meinung nach vorstellbar?

DIE LINKE verfügt hier nicht nur über einige Vorstellungen, sondern auch über konkrete Forderungen von Maßnahmen zur Stärkung des Dritten Sektors. So müssen sich ganz allgemein die rechtlichen, finanziellen, versicherungstechnischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit verbessern. Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement bzw. pauschale Aufwandsentschädigungen sind als direkte Zuwendungen zu erstatten und nicht auf staatliche Leistungen anzurechnen. Von der Möglichkeit des Erprobens und der kostenlosen Fortbildung der Freiwilligen in den unterschiedlichen Engagementfeldern erwarten wir uns ebenfalls wachsende Attraktivität und somit eine Stärkung des Dritten Sektors.

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die rechtliche Stellung von Ehrenamtlichen zu verbessern? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für ehrenamtlich Tätige eine gesetzliche Haftpflicht- und Unfallversicherung etabliert wird, deren Kosten durch den Bund getragen werden?

Aus Sicht der Partei DIE LINKE muss dafür gesorgt werden, dass diejenigen, die ehrenamtlich tätig sind, keine Angst haben müssen, dass auf ihr Privatvermögen zurückgegriffen wird. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Man könnte zum Beispiel eine Haftungsbegrenzung vornehmen. Man könnte für Vereine auch eine staatliche Garantie abgeben und die Kosten für Vereinsschutzbriefe – natürlich nur für die der untersten Kategorie – übernehmen. Das wäre eine Möglichkeit, Vereine, die nicht das nötige Geld haben, um eine Versicherung z.B. für Vereinsveranstaltungen abzuschließen, von diesen Belastungen zu befreien. Und wie bereits weiter oben angeführt sind Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement bzw. pauschale Aufwandsentschädigungen als direkte Zuwendungen zu erstatten und nicht auf staatliche Leistungen anzurechnen.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um das Lebenslange Lernen in Weltläden und Fair-Handelsgruppen kontinuierlich und nachhaltig zu unterstützen?

DIE LINKE schätzt den Beitrag der Fair-Handelsbewegung zur entwicklungspolitischen Bildung sehr hoch ein. Der Etat für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit ist insgesamt viel zu gering, um diese wichtige Arbeit wirkungsvoll unterstützen zu können. DIE LINKE fordert deshalb mehr Geld für die verstärkte Förderung zivilgesellschaftlicher politischer Arbeit und Programme von Nichtregierungsorganisationen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Die finanzielle Unterstützung muss langfristig angelegt sein, damit die Weltläden und Fair-Handelsgruppen mittel- und langfristige Perspektiven entwickeln können, die auch gute Weiterbildungsangebote umfassen.